

Positionspapier  
**Kinder durch staatliche Angebote vor  
islamischem Extremismus schützen**



Der Verband Bildung und Erziehung ist eine parteipolitisch unabhängige Gewerkschaft. Wir setzen uns gegen jeglichen Extremismus ein, der die Grundwerte unserer Gesellschaft missachtet oder sie gar bekämpft. Überall dort, wo extremistische Interpretationen die Grundfesten unseres Zusammenlebens erschüttern können, muss es die Aufgabe der Gesellschaft sein, diesen ein sachlich fundiertes, moderates Verständnis des Sachverhaltes entgegenzusetzen. Deshalb unterstützen wir Initiativen, die es ermöglichen, gemeinsam in einer pluralen, demokratischen Gesellschaft zu leben.

Es ist Teil unseres Auftrages als Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler umfassend und qualitativ hochwertig zu bilden. Hierzu gehört auch, sich mit der Religionszugehörigkeit auseinanderzusetzen und sensibel auf die Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Schulischen Angeboten ist dabei klar der Vorzug vor außerschulischen Angeboten zu geben. Denn nur bei diesen hat die Schulaufsicht die Kontrolle über Inhalte und Qualität und kann gemeinsam mit in Deutschland ausgebildeten Theologen und hierfür zuständigen Fachverbänden geeignete Inhalte definieren.

Vor diesem Hintergrund wollen wir, dass muslimische Kinder und Jugendliche ein Angebot erhalten, innerhalb der Schule über ihren Glauben sprechen zu können und relevante Informationen zu ihrer Religion und anderen Religionen zu erhalten. Deshalb fordern wir die Politik dazu auf, solche Angebote an Schulen vorzusehen, personell und materiell einzuplanen und kurzfristig umzusetzen, damit mittelfristig ein flächendeckendes Angebot entsteht.

Außerdem müssen bestehende Modellversuche zum islamischen Religionsunterricht stetig evaluiert, bei Bedarf optimiert und kurzfristig weiter ausgedehnt werden. Mittelfristig ist die Verstetigung dieses Angebots und langfristig eine flächendeckende Einführung des islamischen Religionsunterrichts umzusetzen. Bundesländer, in denen der islamische Religionsunterricht momentan noch nicht erprobt wird, sind dazu aufgefordert, mit den Erfahrungen der anderen Bundesländer selbst entsprechende Initiativen umzusetzen. ♦

Berlin, 17. März 2018  
Bundesvorstand des VBE